

ABHANDLUNGEN

Politischer Opportunismus und Haushaltsdefizite in den westdeutschen Bundesländern*

Christina J. Schneider

In diesem Beitrag werden fiskalpolitische Konjunkturzyklen in den westdeutschen Bundesländern untersucht. Es wird argumentiert, dass Regierungen bei der Manipulation des fiskalpolitischen Konjunkturzyklus keineswegs auf defizit-finanzierte Wahlgeschenke zurückgreifen, um den Wählern wirtschaftspolitische Kompetenz zu signalisieren. Eine Verknüpfung der Theorie des politischen Konjunkturzyklus mit der Theorie des „Economic Voting“ zeigt, dass Wähler Regierungen abstrafen, wenn diese die Staatsverschuldung strategisch steigern. Eine vergleichende Analyse der westdeutschen Bundesländer für die Jahre 1970 bis 2003 unterstützt diese Theorie und belegt, dass regierende Parteien dazu tendieren, ihr Haushaltsdefizit vor den Wahlen zu senken, um Popularitätsverlusten vorzubeugen. Fiskalpolitische Konjunkturzyklen können demnach nur dann generiert werden, wenn diese keine Neuverschuldung nach sich ziehen.

Schlagwörter: Politische Ökonomie, Fiskalpolitik, Haushaltspolitik, Economic Voting

1. Einleitung

Es scheint eine althergebrachte Weisheit in den Wirtschafts- und Politikwissenschaften zu sein, dass Regierungen ihre geld- und insbesondere fiskalpolitischen Handlungsmöglichkeiten ausnutzen, um ihre Wiederwahlschancen zu erhöhen. Zahllose wissenschaftliche Studien haben sich in den letzten drei Jahrzehnten mit geld- und fiskalpolitischen Konjunkturzyklen beschäftigt.¹ Den Theorien des fiskalpolitischen Konjunkturzyklus zufolge besitzen Regierungen einen Anreiz, ihre Ausgaben unmittelbar vor einer Wahl zu erhöhen, um ihre Popularität innerhalb der Bevölkerung zu steigern. Da der Wähler Steuererhöhungen ablehnt, werden diese Wahlgeschenke zumeist defizit-finanziert, was einen Anstieg des Defizitwachstums unmittelbar vor den Wahlen impliziert. Nach den Wahlen ist im Umkehrschluss ein Rückgang des Defizits zu erwarten.

Im Widerspruch zu diesen Erwartungen weisen die westdeutschen Bundesländer jedoch eine relativ moderate Verschuldung auf. Zieht man die Maastricht-Kriterien he-

* Für ihre hilfreichen Anmerkungen und Kommentare danke ich Thomas Plümper, Vera E. Tröger und den anonymen Gutachtern der *Politischen Vierteljahresschrift*.

¹ Siehe Drazen (2000) für einen Überblick über die verschiedenen Ansätze.

ran, dann überschritt bisher beispielsweise keines der westdeutschen Bundesländer eine Verschuldung von 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Dies erscheint – insbesondere in Anbetracht fehlender offizieller Verschuldungsgrenzen – erklärungsbedürftig. Zwischen 1970 und 2003 wies Bremen mit einer durchschnittlichen Verschuldung von ca. 34 Prozent den höchsten Wert innerhalb der Gruppe der westdeutschen Bundesländer auf.² Weiterhin verfügen Länderregierungen über keine geldpolitische Autonomie. Sie müssten also zwangsläufig auf fiskalpolitische Instrumente zurückgreifen, wenn sie den Konjunkturzyklus beeinflussen wollen. Die empirischen Studien zur Instrumentalisierung von Fiskalpolitik widersprechen sich tatsächlich in ihren Befunden und bestätigen somit keineswegs durchgängig die Theorie des fiskalischen Konjunkturzyklus. Während einige Forscher eine opportunistisch motivierte Defizitfinanzierung vor den Wahlen konstatieren,³ finden andere Studien keinen oder sogar einen negativen Zusammenhang zwischen der Vorwahlperiode und dem Haushaltsdefizit (z.B. Jochimsen/Nuscheler 2005; DeHaan/Sturm 1994; Drazen/Eslava 2005).

In diesem Artikel argumentiere ich, dass die fehlende Robustheit der Ergebnisse hauptsächlich auf die Übertragung der Theorie des geldpolitischen Konjunkturzyklus auf die Fiskalpolitik zurückzuführen ist. Eine einfache Anwendung der Theorie des geldpolitischen Konjunkturzyklus auf die Fiskalpolitik kann aber keine vollständige Erklärung von opportunistischer Fiskalpolitik geben, da wahlstrategische Fiskalpolitik hauptsächlich durch zwei gegenläufige Faktoren beeinflusst wird. Grundsätzlich besitzen Regierungen einen Anreiz, den Konjunkturzyklus zu manipulieren, um sich ihre Wiederwahl zu sichern. Die fiskalpolitische Instrumentalisierung des Konjunkturzyklus impliziert dabei eine umfassendere Bereitstellung öffentlicher Güter für den Wähler und somit eine Erhöhung der Ausgaben und des Haushaltsdefizits kurz vor den Wahlen. Im Gegensatz zur Geldpolitik können Regierungen mittels eines erhöhten Defizits aber keine wirtschaftspolitische Kompetenz signalisieren. Im Gegenteil: Wähler bevorzugen eine konservative Fiskalpolitik und tendieren dazu, die Regierung für exzessive Haushaltsdefizite abzustrafen. Während in einem Großteil der theoretischen Literatur erwartet wird, dass Regierungen ihre Ausgaben *und* ihr Defizit vor der Wahl erhöhen, argumentiere ich, dass sich zumindest kein positives Wachstum des Defizits vor den Wahlen beobachten lassen sollte. Denn Länderregierungen erleiden Stimmenverluste, wenn das Haushaltsdefizit vor den Wahlen ansteigt. Die Theorie impliziert damit aber nicht, dass fiskalpolitische Konjunkturzyklen nicht existieren. Jedoch erweisen sie sich nur dann als attraktiv für Regierungen, wenn sie – wie dies zum Beispiel beim Umschichten von Haushaltsmitteln der Fall ist – nicht mit höheren Defiziten verbunden sind.

Ich untersuche die empirischen Implikationen der Theorie am Beispiel der westdeutschen Bundesländer. Die Analyse verdeutlicht die Bedingungen, unter denen Regierungen fiskalische Wahlgeschenke effektiv nutzen können. Regierungen – ungeachtet

2 Bei den neuen Bundesländern ist die durchschnittliche Verschuldung höher. Aber auch hier gibt es nur einige Ausreißer (siehe Abschnitt 5).

3 Empirische Evidenz findet sich z.B. bei Wagschal (1996a, 1996b), Wright (1974), Ben-Porath (1975), Maloney/Smirlock (1981), Beck (1987), Alesina et al. (1992, 1997), Krueger/Turan (1993), Franzese (1999, 2002a, 2002b), Gonzalez (1999a, 1999b, 2000), Moyo (1999), Harinvirata/Mattila (2001), Galli/Rossi (2002) und Clark (2002).

ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit – besitzen keinen Anreiz, ihren Wählern defizit-finanzierte Wahlgeschenke zu offerieren. Vielmehr erwägen Regierungen defizit-finanzierte Wahlgeschenke nicht oder nur dann, wenn diese entweder keine Erhöhung des Haushaltsdefizits implizieren oder sich das Defizit nur zeitverzögert oder gar nicht beobachten lässt.

Der Artikel leistet einen vierfachen Beitrag zum Diskussionsstand in der Politischen Ökonomie. Erstens trägt er entscheidend zur Weiterentwicklung der Theorien des fiskalpolitischen Konjunkturzyklus bei, da eine auf der Annahme des rationalen Wählens aufbauende Theorie entwickelt wird, die wahltaktisch motiviertes fiskalpolitisches Handeln von Regierungen erklärt. Die Theorie zeigt, dass Regierungen Fiskalpolitik zwar durchaus wahltaktisch ausnutzen möchten. Da Wähler hohe Defizite jedoch beobachten können und gegebenenfalls abstrafen, greifen Regierungen trotz des Anreizes zu höheren Staatsausgaben *nicht* auf die Strategie defizit-finanzierter Wahlgeschenke zurück, um den Wahlausgang zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Zweitens macht der Artikel die opportunistischen (und parteipolitischen) Theorien politischer Konjunkturzyklen für die Analyse der westdeutschen Bundesländer nutzbar. Auf diese Weise wird das Verständnis der wirtschaftspolitischen Prozesse in den deutschen Bundesländern vertieft. Drittens ergänzt der Artikel den Stand der Diskussion zur Wahlforschung um den Einfluss der fiskalpolitischen Manipulation von Regierungen auf den Wahlausgang. Tatsächlich existieren bisher kaum Arbeiten zu den Einflussfaktoren auf Landtagswahlen. Letztlich schärft die Arbeit den Blick für die Handlungsspielräume und -grenzen von Landesregierungen, da sie durch die Verknüpfung der Literatur zu fiskalpolitischen Konjunkturzyklen mit der Literatur des Economic Voting eine neue Sichtweise auf wahlstrategisches Handeln regierender Parteien entwickelt.

Im nächsten Abschnitt gebe ich zunächst einen Überblick über den Forschungsstand und zeige, inwieweit meine Arbeit über die bereits existierenden Ansätze hinausgeht. Abschnitt 3 entwickelt aus der Verknüpfung verschiedener Literaturstränge theoretische Hypothesen und leitet die empirischen Implikationen dieser Hypothesen für eine Analyse der westdeutschen Bundesländer ab. Abschnitt 4 testet die zwei Hauptimplikationen der Theorie im Licht der Theorien des fiskalpolitischen Konjunkturzyklus. Die Ergebnisse werden in Abschnitt 5 zusammengefasst. In Abschnitt 6 werden Schlussfolgerungen für die Theorie des fiskalpolitischen Konjunkturzyklus in den deutschen Bundesländern diskutiert.

2. Politische Konjunkturzyklen, Economic Voting und Wahlen – ein Überblick über den Forschungsstand

Der politische Konjunkturzyklus gehört zu den ältesten Theorien der Politischen Ökonomie.⁴ In der Literaturdiskussion haben sich mehrere Ansätze entwickelt, die unter-

⁴ Neben der Theorie des politischen Konjunkturzyklus existieren zahlreiche weitere Theorien, die Veränderungen des Haushaltsdefizits erklären. Beispielsweise wurde argumentiert, dass Regierungen zu Defiziten neigen, wenn Entscheidungen über Einzelhaushalte dezentral getroffen werden, d.h. jedes Ministerium die Autorität über sein eigenes Ressort innehat. Da die Ministerien die Kosten hoher Verschuldung implizit teilen, neigt jeder Minister dazu, die Ausgaben

schiedliche Annahmen über das Verhalten von Wählern und/oder Regierungen treffen, und damit zentrale Aspekte des politischen Konjunkturzyklus beleuchten.⁵ Obwohl sich die grundlegenden Annahmen unterscheiden, prognostizieren alle Ansätze einen Anstieg des Wirtschaftswachstums beziehungsweise eine Abnahme der Arbeitslosigkeit vor den Wahlen sowie einen Anstieg der Inflationsrate und gegebenenfalls einen Wiederanstieg der Arbeitslosigkeit nach den Wahlen (Drazen 2000).

Frühe opportunistische Ansätze wandten die Logik der Phillipskurve, welche einen umgekehrten Zusammenhang zwischen der Inflationsrate und der Arbeitslosenrate konstatiert, an, um die Existenz politischer Konjunkturzyklen zu erklären (Nordhaus 1975; Tufte 1978). Da Wähler den Annahmen zufolge retrospektiv wählen, weiten Regierungen die Geldpolitik aus, damit es vor den Wahlen zu einem Anstieg der Beschäftigung kommt. Spätere Ansätze hingegen geben die Annahme adaptiver Inflationserwartungen zugunsten rationaler Inflationserwartungen auf (Alesina 1987, 1988). Da Wähler mit rationalen Inflationserwartungen ihr Verhalten anpassten und somit eine Vorwahlkonjunktur trotz der geldpolitischen Manipulation ausbleibe, könne sich eine expansive Geldpolitik nur dann für eine Regierung lohnen, wenn sie hierdurch wirtschaftspolitische Kompetenz signalisiert (Persson/Tabellini 1990). Die Regierung muss demnach das Wirtschaftswachstum kurzfristig über das erwartete Wirtschaftswachstum anheben. Da Wähler kompetente Regierungen bevorzugen, steigt der Stimmenanteil an, obwohl die rationalen Wähler von der Kurzfristigkeit des konjunkturellen Booms überzeugt sind.

Die Bedeutung, die geldpolitische Konjunkturzyklen für das Regierungshandeln haben, schwindet seit Jahren aber deutlich, da den meisten Regierungen nur noch wenige geldpolitische Instrumente zur Verfügung stehen (vgl. Bernhard et al. 2002; Obstfeld/Rogoff 1996: 631ff., 641ff.; Broz 2002; Broz/Frieden 2001). Eine steigende Anzahl

zu erhöhen, um dem eigenen Wahlbezirk oder dem eigenen Klientel gefällig zu sein. Jedes Ministerium internalisiert also nur einen geringen Teil der Kosten von Ausgabesteigerungen, während der größere Teil externalisiert wird. Vergleichende Studien von von Hagen/Harden (1995) und auch von Hallerberg/von Hagen (1997) lassen darauf schließen, dass Staaten, in denen die Haushaltsautorität zentralisiert ist, seltener unter großen Defiziten leiden. Andere Autoren argumentieren, dass Staatsausgaben hauptsächlich von institutionellen Gegebenheiten, bestehenden knappen Entscheidungsressourcen und Akteurskonstellationen abhängen. Vergleiche hierzu insbesondere Arbeiten zum haushaltspolitischen Inkrementalismus (z.B. Wildavsky 1964; Davis et al. 1966). Darüber hinaus wird oftmals ein Einfluss des politischen Systems oder der ideologischen Färbung der Regierungspartei auf den Haushalt festgestellt (z.B. Alesina/Tabellini 1990; Persson/Svensson 1984; Hibbs 1977; Alesina 1989). Vergleiche hierzu auch Obinger (2002) und Braun (2001), die den Einfluss unterschiedlicher föderalistischer Strukturen – insbesondere der Entscheidungskompetenzen von Bund und subnationalen Einheiten – auf die Entwicklung von Sozialpolitik und Defizitwachstum beleuchten. Da sich dieser Artikel jedoch hauptsächlich mit einer Anwendung der Theorien des politischen Konjunkturzyklus auf die Defizitpolitik von Länderregierungen beschäftigt, werden diese Ansätze im Folgenden nicht eingehender diskutiert.

⁵ Zu den wohl bekanntesten Entwicklungen gehört die Unterscheidung zwischen Wählern mit adaptiven Erwartungen auf der einen Seite (Kramer 1971; Nordhaus 1975; Tufte 1975, 1978; Lindbeck 1976; Fair 1978; Hibbs 1977, 1987) und Wählern mit rationalen Erwartungen auf der anderen Seite (Alesina 1987, 1988; Persson/Tabellini 1990). Des Weiteren unterscheiden sich diese Arbeiten in der Annahme, ob Regierungen rein opportunistisch handeln oder parteipolitischen Präferenzen folgen (z.B. Hibbs 1977; Alesina 1989; Cusack 1997; Boix 2000; Wagtschal 1996a; Seitz 2000).

von Arbeiten beschäftigt sich folglich mit fiskalpolitischen Konjunkturzyklen (vgl. Rogoff/Sibert 1988; Oatley 1999; Hallerberg et al. 2002; Clark 2002: 43; Galli/Rossi 2002). Diese Arbeiten gehen von einem Anstieg von Transferleistungen für die Wählerklientel unmittelbar vor der Wahl aus. Rogoff/Sibert (1988) und Rogoff (1990) haben zum Beispiel gezeigt, dass eine kompetente Regierung wirtschaftliche Kompetenz signalisieren kann, wenn sie das Wirtschaftswachstum vor der Wahl kurzfristig anhebt oder vermehrt öffentliche Güter zur Verfügung stellt. Aus diesem Grund zieht der rationale Wähler den Kandidaten vor, der vor der Wahl höhere Ausgaben tätigt.⁶

Diese These findet aber nur eingeschränkt empirische Unterstützung. Tufté (1978) beobachtet zum Beispiel einen positiven Zusammenhang zwischen der Vorwahlperiode und Transferleistungen.⁷ Alesina et al. (1997) finden in OECD-Ländern sowohl einen Anstieg der Geldmenge als auch der Haushaltsdefizite vor Wahlen. Andere Arbeiten beobachten keine oder konditionale fiskalpolitische Konjunkturzyklen (z.B. DeHaan/Sturm 1994; Clark/Hallerberg 2000; Hallerberg 2002; Hallerberg et al. 2002) bzw. berichten, dass Regierungen ihre Defizite vor den Wahlen eher senken als steigern (z.B. Jochimsen/Nuscheler 2005).⁸

Die nachfolgenden Ausführungen bauen im Wesentlichen auf den Arbeiten zu fiskalpolitischen Konjunkturzyklen in den deutschen Bundesländern auf, gehen aber in einem entscheidenden Punkt darüber hinaus. Zwar besitzen Regierungen durchaus einen Anreiz zu einer expansiven Fiskalpolitik vor den Wahlen. Im Gegensatz zu den existierenden Arbeiten argumentiere ich aber, dass dieser Anreiz zumindest keine höheren Haushaltsdefizite nach sich zieht. Die Ansätze des Economic Voting zeigen, dass Wähler eine gesunde Finanzpolitik vorziehen und Regierungen für eine schlechte Wirtschaftspolitik abstrafen.⁹

Diese veränderte Sichtweise hat wichtige Implikationen für das wahlstrategische Verhalten von Regierungen. Die Mehrzahl der empirischen Arbeiten zu fiskalpolitischen Konjunkturzyklen testet das Sibert/Rogoff-Modell unter der Annahme, dass der Wähler die fiskalpolitische Manipulation nicht beobachten kann. Die im folgenden Abschnitt dargestellte Theorie zeigt die Konsequenzen für wahlstrategisches Verhalten unter der realistischeren Annahme auf, dass der Wähler sehr wohl in der Lage ist, ein steigendes Defizit (oder einen Anstieg der Steuern) zu bemerken.

3. Der Einfluss von Wählerpräferenzen auf defizit-orientiertes wahlstrategisches Verhalten von Regierungen in den deutschen Bundesländern

Im Folgenden wird eine Theorie wahlstrategischen Verhaltens von Regierungen in der Fiskalpolitik entwickelt. Die Theorie beruht auf den Annahmen der rationalen Theorie

⁶ In einer Weiterentwicklung der Theorien fiskalpolitischer Konjunkturzyklen konstatieren verschiedene Arbeiten einen Einfluss parteiideologischer Präferenzen auf die Erhöhung des Staatsdefizits (vgl. insbesondere Hibbs 1977; Alesina 1989; Cusack 1997; Boix 2000).

⁷ Diese umfassen insbesondere Sozialausgaben, Pensionen für Veteranen und andere direkte Zahlungen.

⁸ Wagschal (1996a, 1996b) findet opportunistische Zyklen nur für die deutschen Bundesländer, nicht aber für westliche Industriestaaten.

⁹ Siehe z.B. Lewis-Beck/Stegmaier (2000) für einen ausführlichen Literaturüberblick.

des politischen Konjunkturzyklus. Wähler besitzen rationale Erwartungen und ein prinzipiell vorausschauendes Wahlverhalten, da sie durch ihre Stimmabgabe ihren zukünftigen Nutzen maximieren möchten. Allerdings besteht hierbei ein Inferenzproblem, da sie die Kompetenz zukünftiger Regierungen nicht perfekt vorhersagen können. Wähler können jedoch Informationen über die (nicht beobachtbare) Kompetenz einer Regierung erhalten, indem sie die (beobachtbare) Kompetenz einer Regierung in der Vergangenheit heranziehen. Wähler nutzen also die zurückliegende wirtschaftliche Leistung von Regierungen, um ihre Wahlentscheidung zu treffen.

Länderregierungen haben ihrerseits einen starken Anreiz, wahlstrategisch zu handeln, da sie sich alle vier bis fünf Jahre einer Wiederwahl stellen müssen und Wähler die Regierungsleistung stärker gewichten, je näher sie am Wahlzeitpunkt liegt. Hierbei gerät die Regierung jedoch in einen Zielkonflikt. Einerseits steigt ihre Popularität in der Bevölkerung, wenn sie den Wählern Wahlgeschenke offeriert. Wahlgeschenke implizieren einen Anstieg derjenigen Ausgaben, die nur bestimmten Wählergruppen zugute kommen. Dies kann beispielsweise eine Erhöhung der Bildungsausgaben oder der Sozialhaushalte sein oder aber höhere redistributive Transfers für bestimmte Gruppen innerhalb des Landes.

Obwohl Wähler Regierungen bevorzugen, die höhere Ausgaben tätigen, sind sie jedoch gleichzeitig fiskalisch „konservativ“ und bestrafen hohe Haushaltsdefizite oder Steuererhöhungen mit Stimmenentzug. Eine Regierung kann eine expansive Fiskalpolitik vor den Wahlen also nicht durch eine Zunahme von Steuereinnahmen finanzieren, da Wähler auf Steuererhöhungen mit einer abnehmenden Unterstützung für die Regierungen reagieren würden. Darüber hinaus können defizit-finanzierte Wahlgeschenke nur dann als strategisches Instrument im Wahlkampf eingesetzt werden, wenn die Wähler die Veränderung des nationalen Schuldenstandes nur zeitverzögert oder gar nicht beobachten können.

Eine solche Annahme ist jedoch nicht sehr realistisch. Wenn die vermehrten Ausgaben nicht durch eine staatliche Kreditaufnahme gedeckt sind, dann können die Wähler einen Anstieg des Haushaltsdefizits im Jahr vor der Wahl beobachten. Da Wahlgeschenke oft nur bestimmte Wählergruppen begünstigen, beobachten die restlichen Wähler nur ein steigendes Haushaltsdefizit des Landes und entziehen der Regierung ihre Unterstützung. Anstatt zur Strategie defizit-finanzierter Wahlgeschenke zu greifen, sollten Regierungen daher einen Anreiz besitzen, das Wachstum des Haushaltsdefizits vor den Wahlen zu senken. Eine solche Vorgehensweise signalisiert nicht nur wirtschaftspolitische Kompetenz. Gleichzeitig verhindert sie, dass die Opposition die ansteigenden Schulden zu einem zentralen und für die Regierungspartei schädlichen Wahlkampfthema erklärt.

Zusammenfassend ergeben sich zwei wichtige, empirisch überprüfbare Hypothesen. Erstens impliziert die oben eingeführte Theorie, dass sich eine Defizitfinanzierung unmittelbar vor den Wahlen *ceteris paribus* negativ auf den Stimmenanteil der regierenden Landespartei auswirkt. Damit sollten Landesregierungen zweitens keinen Anreiz besitzen, ihre Popularität durch ein steigendes Haushaltsdefizit unmittelbar vor den Wahlen zu erhöhen. Das Wachstum des Defizits sollte im Vorwahljahr *ceteris paribus* niedriger ausfallen als in den restlichen Jahren der Legislaturperiode, da die Regierungen den zu-

rückblickenden Wählern hierdurch Kompetenz signalisieren können, ohne langfristig eine unpopuläre Kürzungspolitik betreiben zu müssen.

4. *Empirische Analyse*

4.1 Forschungsdesign

Die deutschen Bundesländer eignen sich sehr gut für die Überprüfung der oben skizzierten Annahmen, da die Länderregierungen über keine geldpolitische Autonomie verfügen und politische Konjunkturzyklen zwangsläufig mit fiskalischen Mitteln erreichen müssen. Zugleich besitzen die deutschen Länder auch wenige Möglichkeiten, ihre Einnahmen durch Veränderungen der Steuergesetzgebung zu erhöhen. Dies zwingt sie dazu, Wahlgeschenke gegebenenfalls durch eine expansive Haushaltspolitik zu vergeben. Darüber hinaus unterliegen die deutschen Bundesländer im Gegensatz zu den Mitgliedern der Europäischen Währungsunion keiner offiziellen Verschuldungsgrenze. Ein negativer Zusammenhang zwischen der Vorwahljahresperiode und dem Wachstum des Haushaltsdefizits kann daher nicht auf eine existierende Verschuldungsgrenze zurückgeführt werden. Zusätzlich stellt die vergleichende Untersuchung von Bundesländern einen relevanten Testfall dar, da die Ergebnisse hauptsächlich auf der Varianz zwischen den Ländern beruhen. Ein Vergleich der deutschen Bundesländer ist einem Vergleich von Ländern darüber hinaus vorzuziehen, da viele institutionelle Faktoren über die Bundesländer hinweg konstant sind.

Der Datensatz umfasst die westdeutschen Bundesländer in einem Panel von 1970 bis 2003. Die Untersuchung beschränkt sich aus mehreren Gründen auf eine Analyse der westdeutschen Bundesländer. Zum einen sind Daten für die ostdeutschen Länder erst ab 1992 – und auch hier teilweise nur unvollständig – verfügbar. Darüber hinaus bestehen zwischen den alten und neuen Bundesländern immer noch große strukturelle Unterschiede. Letztlich wäre es auch nicht möglich, die Modelle getrennt zu schätzen, um die Robustheit der Ergebnisse zu analysieren, da z.B. die Daten für das Land Berlin ab 1992 nicht getrennt für Ost- und Westberlin vorhanden sind.

4.2 Die Existenz fiskalpolitischer Konjunkturzyklen

4.2.1 Variablen

Der erste Teil der Analyse untersucht, ob Länderregierungen ihren Wählern defizit-finanzierte Wahlgeschenke offerieren. Im Gegensatz zu den geläufigen Theorien argumentiere ich, dass Länderregierungen keinen Anreiz besitzen, das Haushaltsdefizit kurz vor der Wahl zu erhöhen. Dementsprechend bietet sich eine Operationalisierung der abhängigen Variablen an, die das natürliche Wachstum des Haushaltsdefizits innerhalb eines Bundeslandes pro Jahr messen. Anhand des natürlichen Defizitwachstums kann für den Einfluss unterschiedlicher Ländergrößen auf das Haushaltsdefizit kontrolliert

Abbildung 1: Durchschnittliches natürliches Wachstum des Haushaltsdefizits in den westdeutschen Bundesländern, 1970–2003



Quelle: Statistisches Bundesamt Deutschland

werden.¹⁰ Die Daten für die Variable *Budgetdefizit (Wachstum)* stammen vom Statistischen Bundesamt Deutschland.

Abbildung 1 zeigt das durchschnittliche natürliche Wachstum des Haushaltsdefizits in den westdeutschen Bundesländern. Insgesamt zeichnet sich ein Rückgang des natürlichen Defizitwachstums ab.

Zur Messung opportunistischer Konjunkturzyklen fließt eine dichotome Variable in die Regression mit ein, die den Wert 1 annimmt, wenn das Jahr ein Vorwahljahr ist. Für die anderen Jahre hat sie den Wert 0. Den gebräuchlichen Anwendungen der Theorie opportunistischer Konjunkturzyklen zufolge sollte das Wachstum des Haushaltsdefizits im Jahr vor der Wahl ansteigen. Die in dieser Arbeit dargestellte Theorie nimmt das Gegenteil an. Der Vorwahljahreseffekt sollte dabei signifikant ausfallen, da Wähler die Regierungsleistung stärker gewichten, je näher sie am Wahlzeitpunkt liegt.¹¹

Diese Theorie impliziert darüber hinaus aber auch, dass der Vorwahljahreseffekt umso stärker sein muss, je knapper die Regierungsmehrheit ist und je höher die Wahrscheinlichkeit ist, dass die Regierung(skoalition) abgewählt wird. Die Knappheit des Wahlausgangs kann zwar nicht vorhergesagt werden, da das zukünftige Wahlergebnis nicht beobachtbar ist. Allerdings erweisen sich die vorangegangenen Wahlen als gute

¹⁰ Das natürliche Defizitwachstum wird hier berechnet als $\Delta \text{Defizit} = \ln(\text{Defizit}_t) - \ln(\text{Defizit}_{t-1})$.

¹¹ Demnach sollte die Regierung keine opportunistische Fiskalpolitik im Jahr nach der Wahl betreiben, da Wähler dies in der nächsten Wahl nicht (oder kaum) berücksichtigen.

Prognose für die nächste Wahl und können daher als Annäherung für die tatsächliche Knappheit der Wahl herangezogen werden (siehe z.B. Gschwend/Norpoth 2005). Folglich benutze ich den Stimmenanteil der Regierungskoalition im Jahr vor der Wahl und untersuche, inwieweit sich dieser auf den politischen Konjunkturzyklus auswirkt.

Einige Wissenschaftler argumentieren, dass die Wirtschaftspolitik und somit auch Konjunkturzyklen nicht rein opportunistisch, sondern auch parteipolitisch geprägt werden (Hibbs 1977; Alesina 1989; Cusack 1997; Boix 2000; Zohlnhöfer 2001). Diesen Ansätzen zufolge neigen linke Regierungen generell zu höheren Defiziten als rechte Regierungen. Ich untersuche parteipolitische Effekte erstens durch eine Interaktionsvariable, die misst, ob die CDU bzw. die SPD das Haushaltsdefizit vor der Wahl erhöht – vorausgesetzt, dass eine der Parteien jeweils die Landesregierung stellt. Zweitens lasse ich die dichotomen Parteivariablen ohne Interaktion mit dem Vorwahljahr in die Regression mit einfließen.¹²

Während diese drei Variablen zur Überprüfung der Hauptthesen der Theorie herangezogen werden, kontrolliere ich für verschiedene wirtschaftliche und politische Faktoren, die einen Einfluss auf das Haushaltsdefizit ausüben könnten. Als wirtschaftliche Kontrollvariablen dienen die Inflationsrate im Bund und die absolute Beschäftigung in 1000 pro Bundesland. Beide Variablen sind logarithmiert. Darüber hinaus verwende ich die Werte des vorhergegangenen Jahres, da nicht angenommen werden kann, dass die wirtschaftlichen Gegebenheiten einen unmittelbaren Einfluss auf das Haushaltsdefizit ausüben.¹³

Als weitere Kontrollvariablen füge ich erstens eine binär kodierte Variable für die Stadtstaaten ein. Diese nimmt den Wert 1 für Bremen und Hamburg und 0 für die anderen Bundesländer an.¹⁴ Darüber hinaus könnte es sein, dass die Bundesländer, die im Rahmen des Länderfinanzausgleichs begünstigt werden, einen gewissen Anreiz zur Verschuldung aufweisen. Eine binär kodierte Variable kontrolliert deswegen, ob ein Bundesland zu den Begünstigten des Länderfinanzausgleichs gehört.¹⁵ Die Variable *Wiedervereinigung* nimmt den Wert 1 für alle Jahre ab 1991 an, um für mögliche Kosten nach der Eingliederung der neuen Bundesländer zu kontrollieren. Letztlich kontrolliere ich für die erste und die zweite Ölkrise. Die Variablen *1. Ölkrise* und *2. Ölkrise* nehmen jeweils den Wert 1 für die Zeit der ersten (1974/75) und zweiten (1978–81) Ölkrise an.¹⁶

12 Für die FDP und die Grünen konnte ich keine signifikanten Zusammenhänge finden. Aus Platzgründen beschränke ich mich in der Präsentation der Ergebnisse daher auf die CDU und die SPD. Alle Ergebnisse sind auf Anfrage erhältlich.

13 Andere Lag-Strukturen hatten keinen Einfluss auf die Ergebnisse.

14 West-Berlin ist aufgrund seines geteilten Status vor der Wiedervereinigung von der Analyse ausgeschlossen.

15 Ich zähle Bremen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und das Saarland zu diesen Ländern. Zumindest seit 1995 gehören alle diese Länder zu den Begünstigten des Länderfinanzausgleichs. Nur Schleswig-Holstein weist eine gewisse Varianz auf. Die substanziellen Ergebnisse verändern sich jedoch nicht, wenn die Variable dementsprechend kodiert wird.

16 Mit dieser Operationalisierung orientiere mich an Jochimsen/Nuscheler (2005).

4.2.2 Schätzansatz

Die vorhandene Datenstruktur erfordert die Schätzung einer gepoolten Zeitreihe. Ich schätze ein Fixed Effects Modell, da der Hausman-Test darauf hinweist, dass alternative Schätzmethoden, wie z.B. das Random Effects Modell oder eine pooled OLS, inkonsistente und verzerrte Ergebnisse erbringen würden.

Da die Variablen *Stadtstaaten* und *Nehmerländer des Finanzausgleichs* über die Zeit hinweg nicht variieren, verwende ich eine Variante des Fixed Effects Modells: den Fixed Effects Vector Decomposition Schätzer. Dieses dreistufige Modell schätzt zunächst die konstanten Ländereffekte, zerlegt diese dann in einen Teil, der von den zeitinvarianten Variablen erklärt wird, und einen unerklärten Teil und verwendet den unerklärten Teil in einer pooled-OLS-Schätzung als Kontrolle für die Ländereffekte (Plümper/Tröger 2007). Dieses Verfahren gewinnt gegenüber dem herkömmlichen Fixed Effects Modell an Effizienz, leidet aber gegebenenfalls unter einem omitted-variable Bias.

Die Durbin-Watson-Statistik eines untransformierten Modells weist auf eine starke serielle Korrelation der Fehlerterme hin, der ich mit einer Prais-Winsten-Transformation (AR1) vorbeuge.¹⁷ Da die serielle Korrelation der Fehler nicht unit-spezifisch ist und eine unit-spezifische Dynamik auch theoretisch unplausibel erscheint, kann auf einen einheitlichen AR1-Prozess zurückgegriffen werden. Letztlich verwende ich Standardfehler, die für Heteroskedastizität der Fehlerwerte über die Länder hinweg kontrollieren.

4.2.3 Ergebnisse

Tabelle 1 zeigt die Ergebnisse des Fixed Effects Panel Modells. Modell 1 analysiert, ob opportunistische Konjunkturzyklen in den deutschen Bundesländern existieren. Die Modelle 2 bis 4 überprüfen die Existenz parteipolitischer Konjunkturzyklen. In Modell 5 untersuche ich letztlich, ob der Stimmenvorsprung der Regierung einen Einfluss auf den politischen Konjunkturzyklus ausübt.¹⁸

Der F-Test ist hoch signifikant für alle Modellspezifikationen. Somit kann die Nullhypothese verworfen werden, dass alle unabhängigen Variablen zusammen keinen Einfluss auf die abhängige Variable besitzen.

¹⁷ Serielle Korrelation kann sowohl durch eine Prais-Winsten-Transformation wie auch durch eine gelaggte abhängige Variable auf der rechten Seite des Schätzmodells verringert werden (vgl. Beck/Katz 1995; Plümper et al. 2005). Ich habe mich aus drei Gründen für den ersten Ansatz entschieden. Erstens kann die Größe der Koeffizienten in einem Lagged-Dependent-Variable-Modell (LDV) nicht direkt interpretiert werden, da der Koeffizient der gelagkten abhängigen Variable die ersten lags aller Koeffizienten der anderen unabhängigen Variablen beinhaltet. Darüber hinaus unterscheiden sich die Ergebnisse aber nicht, wenn ich anstatt eines AR1-Prozesses ein LDV-Modell schätze. Letztlich zeigt die Durbin-Watson-Statistik, dass der Schätzer mit der Prais-Winsten-Transformation serielle Korrelation in ausreichendem Maße reduziert. Ergebnisse sind auf Anfrage erhältlich. Eine dynamische Modellierung mit der verallgemeinerten Momenten-Methode (siehe z.B. Greene 2003: Kap. 13.6) bietet sich ebenfalls nicht an, da die Eigenschaften dieser Schätzer für eine geringe Anzahl von Beobachtungen über Zeit ($T=23$) und im Querschnitt ($N=10$) nicht bekannt sind.

¹⁸ Deskriptive Statistiken befinden sich im Online-Anhang.

Table 1: Fiskal- und parteipolitische Konjunkturzyklen in den westdeutschen Bundesländern

Budgetdefizit (Wachstum)	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5
Vorwahljahr	-0,011 (0,006)*		-0,011 (0,006)*	-0,011 (0,006)*	
Inflation _{t-1} (Bund)	0,014 (0,008)*	0,014 (0,008)*	0,014 (0,008)*	0,014 (0,008)*	0,014 (0,008)*
Beschäftigung _{t-1} (Bundesland)	0,026 (0,116)	0,021 (0,116)	0,010 (0,116)	0,023 (0,115)	0,023 (0,116)
Stadtstaaten	0,054 (0,017)**	0,047 (0,018)**	0,027 (0,017)	0,044 (0,018)**	0,051 (0,018)**
Wiedervereinigung	-0,054 (0,023)**	-0,053 (0,023)**	-0,055 (0,023)**	-0,057 (0,023)**	-0,054 (0,023)**
1. Ölkrise	0,051 (0,017)**	0,052 (0,017)**	0,051 (0,017)**	0,051 (0,017)**	0,051 (0,017)**
2. Ölkrise	0,007 (0,006)	0,007 (0,006)	0,008 (0,007)	0,008 (0,006)	0,007 (0,004)*
Nehmerländer des Finanzausgleichs	0,038 (0,004)***	0,031 (0,004)***	0,018 (0,006)**	0,034 (0,006)***	0,034 (0,006)***
CDU*Vorwahljahr		-0,011* (0,007)			
SPD*Vorwahljahr		-0,008 (0,008)			
CDU			-0,014 (0,004)**		
SPD				0,012 (0,004)**	
Stimmenanteil der Koalition vor der Wahl					-0,0002 (0,0001)*
Konstante	-0,142 (0,006)***	-0,096 (0,007)***	0,002 (0,006)	-0,117 (0,006)***	-0,118 (0,006)***
N	270	270	270	270	270
F-Test	15,81***	10,14***	8,72***	10,00***	11,73***
Adjusted R ²	0,3694	0,3670	0,3803	0,3702	0,3692
h(eta)	0,841***	0,872***	0,838***	0,685***	0,851***

Standardfehler in Klammern; * p > 0.1, ** p > 0.05, *** p > 0.01.

Die substanziellen Ergebnisse stützen meine These und weisen darauf hin, dass Regierungen das Haushaltsdefizit insbesondere vor der Wahl in annehmbaren Grenzen halten. Das Wachstum des Haushaltsdefizits *sinkt* in den Vorwahljahren um 1,1 Prozent. Dieser Einfluss ist signifikant auf dem Zehn-Prozent-Niveau und robust über diverse Modellspezifikationen. Die Ergebnisse in Modell 5 deuten darüber hinaus auf einen geringeren Rückgang des Defizitwachstums hin, wenn die Regierungskoalition einen großen Stimmenvorsprung vor der Opposition besitzt. Mit anderen Worten: Wenn der Stimmanteil der Regierungskoalition um 1 Prozent ansteigt, dann sinkt das Defizitwachstum um 0,02 Prozent. Der Rückgang des Defizits ist also schwächer, wenn für den Stimmenvorsprung der Regierung kontrolliert wird. Dies impliziert – im Einklang mit der Theorie –, dass Regierungen, die keinen knappen Wahlausgang befürchten

müssen, dazu neigen, eine weniger restriktive Fiskalpolitik zu betreiben. Regierungskoalitionen mit einer sicheren Mehrheit haben daher einen geringeren Anreiz, wirtschaftspolitisch kompetent zu erscheinen, als Regierungen, die um ihre Wiederwahl bangen müssen.

Insgesamt zeigt sich trotz alternativer Erklärungen ein robuster negativer Zusammenhang zwischen der Vorwahljahresperiode und dem Defizitwachstum. Landesregierungen tendieren in der Vorwahljahresperiode dazu, die Haushaltslage zu verbessern, obwohl dieser Effekt schwächer wird, je größer die Wahrscheinlichkeit ist, dass die Regierung wieder gewählt wird.

Modelle 3 und 4 bestätigen existierende Ansätze zum Einfluss parteipolitischer Faktoren auf das Haushaltsdefizit. Die SPD neigt generell zu einem höheren Defizit, während CDU-geführte Koalitionen unabhängig von der Wahl ein niedrigeres Defizit aufweisen.¹⁹ Betrachtet man das Defizitwachstum von Parteien in der Vorwahlperiode (Modell 2), so zeigt sich, dass beide Parteien das Defizitwachstum im Jahr vor der Wahl senken. Während die CDU das Defizitwachstum um 1,1 Prozent senkt, verringert es sich bei einer SPD-Regierung um 0,8 Prozent. Insgesamt bleibt der Effekt der Vorwahlperiode also trotz existierender parteipolitischer Effekte signifikant. Obwohl CDU und SPD allgemein unterschiedliche Strategien verfolgen, neigen beide Parteien dazu, das Defizitwachstum vor einer Wahl zu senken, um ihre Wiederwahlwahrscheinlichkeit zu erhöhen.

Wie erwartet ist das Defizitwachstum sowohl bei den zwei Stadtstaaten Hamburg und Bremen als auch bei den Nehmerländern des Finanzausgleichs höher als bei den verbleibenden Bundesländern. Bei den wirtschaftlichen Kontrollvariablen erscheint nur die Inflationsrate im Bund signifikant. Ein Anstieg der Inflationsrate um einen Prozentpunkt führt zu einem Anstieg des Defizitwachstums um ca. 1,4 Prozent. Stadtstaaten weisen ein signifikant höheres Defizitwachstum auf. Allerdings ist die Variable nicht robust, wenn für CDU-geführte Regierungen kontrolliert wird. Auch die erste Ölkrise führte zu einem signifikanten Anstieg des Defizitwachstums. Die zweite Ölkrise dagegen übte keinen signifikanten Einfluss auf die Staatsverschuldung aus. Letztlich sank die Verschuldung nach der Wiedervereinigung. Ähnliche Ergebnisse finden sich bei Jochimsen und Nuscheler (2005), die argumentieren, dass der unerwartet negative Effekt darauf zurückzuführen sei, dass die entstehenden Kosten hauptsächlich auf den Bund übertragen wurden und der wirtschaftliche Aufschwung ein höheres Defizit verhinderte.

Zusammengefasst stehen die Ergebnisse des Modells im Widerspruch zu dem Argument, dass Regierungen ihren Wählern defizit-finanzierte Wahlgewinne offerieren. Die Analyse hat gezeigt, dass Länderregierungen in Westdeutschland vor Wahlen keinesfalls ihre Haushaltsdefizite erhöhen. Im Gegenteil: Regierungen tendieren dazu, das Wachstum des Haushaltsdefizits insbesondere vor der Wahl einzugrenzen. Es konnte

19 Wagschal (1996a, 1996b) kommt zu ähnlichen Ergebnissen für die deutschen Bundesländer. Gleichzeitig findet er in einem Vergleich der westlichen Industrieländer aber auch, dass konservative Parteien zu höheren Defiziten neigen. Dies ist auf die Steuerglättungshypothese zurückzuführen, der zufolge konservative Parteien einen Anreiz haben, Steuern zu senken, um die Zustimmung ihrer Wählerklientel zu erhöhen. Dieser Effekt kann in den deutschen Bundesländern aufgrund mangelnder Steuerautonomie nicht greifen.

sogar gezeigt werden, dass Regierungen weniger darum bemüht sind, wirtschaftspolitische Kompetenz zu signalisieren, wenn sie sich ihrer Wiederwahl relativ sicher sind.

Dieser Befund kann einige Rückschlüsse auf das wahltaktische Handeln von Regierungen geben. In Abschnitt 3 argumentierte ich, dass sich der politische Konjunkturzyklus nicht auf eine strategische Fiskalpolitik übertragen lässt, welche die Defizitfinanzierung als zentrales Instrument der Regierung im Wahlkampf betrachtet. Da Medien und Opposition höhere Defizite gerne aufgreifen und der Wähler eine ungesunde Fiskalpolitik mit Stimmenentzug bestraft, müsste eine Regierung an Stimmen verlieren, wenn sie auf defizit-finanzierte Wahlgeschenke zurückgreift. So müsste empirisch ein negativer kausaler Zusammenhang zwischen einer wahlstrategischen Erhöhung des Defizits und des Stimmenanteils der Regierungspartei beobachtbar sein, damit die Theorie Unterstützung findet. Dieser Zusammenhang wird im folgenden Abschnitt untersucht.

4.3 Der Einfluss fiskalpolitischer Konjunkturzyklen auf den Wahlausgang in den deutschen Bundesländern

Der Datensatz, der zur Untersuchung des Zusammenhangs zwischen der wahlstrategischen Ausnutzung des Konjunkturzyklus und dem erworbenen Stimmenanteil der Regierung herangezogen wird, umfasst die jeweiligen Wahljahre in den Bundesländern. Alle anderen Jahre wurden aus dem Datensatz entfernt, da nur die Veränderung des Stimmenanteils während der Wahl von Bedeutung ist. Zusätzlich ist eine Untersuchung wahltaktisch motivierten Verhaltens einzelner regierender Parteien auf ihren Stimmenanteil bei der Wahl unabdingbar. Die Daten werden folglich für die einzelnen Regierungsparteien erhoben. Dementsprechend setzt sich die Analyseeinheit aus der jeweiligen Regierungspartei eines Bundeslandes pro Wahljahr zusammen.

4.3.1 Variablen

Die abhängige Variable wird als die Veränderung des Stimmenanteils einer Regierungspartei im Vergleich zur letzten Wahl gemessen. Die Informationen stammen wie alle in diesem Datensatz verwendeten Wahldaten von den jeweiligen Landeswahlleitern und vom Statistischen Bundesamt Deutschland. Somit umfasst der Datensatz Informationen über die Veränderung des Stimmenanteils insbesondere für die CDU/CSU und SPD, aber auch für die FDP und die Grünen.²⁰

Die Theorie konstituiert einen kausalen Zusammenhang zwischen der Höhe des strategischen Budgetdefizits kurz vor der Wahl und der Veränderung des Stimmenanteils der Regierungspartei. Hierbei erscheint es sehr wichtig, zwischen der vom Wähler erwarteten Veränderung des Defizits und der unerwarteten, strategischen Veränderung der Verschuldung zu unterscheiden. Da sich hauptsächlich eine vom Wähler *nicht* erwartete Erhöhung der Verschuldung negativ auf den Stimmenanteil auswirken sollte, kodiere ich eine Variable, die den strategischen Anteil an der Höhe des Defizits misst. Hierfür regressiere ich die ersten zwei lags der logarithmierten Verschuldungsvariablen

²⁰ Die PDS wird nicht berücksichtigt, da sie nur in den neuen Bundesländern an Regierungskoalitionen beteiligt ist.

auf die Verschuldungsvariable.²¹ Die vorhergesagten Werte würden den Anteil der Verschuldung zeigen, die der Wähler aufgrund der vorausgegangenen Verschuldung erwartet. Ich verwende nun die Residuen als die vom Wähler unerwartete, strategische Komponente des Haushaltsdefizits als Regressor in der Schätzung. Je höher die strategische Verschuldung ist, desto geringer sollte der Stimmenanteil der regierenden Partei ausfallen. Als Kontrolle verwende ich in einem der Schätzmodelle zusätzlich die logarithmierte aktuelle Verschuldung der Regierung im Jahr vor der Wahl.

Als Kontrollvariablen dienen zunächst zwei Interaktionsvariablen, die das Haushaltsdefizit der CDU und SPD messen, wenn diese jeweils die Regierungsmehrheit stellen. Zusätzlich untersuche ich, ob eine Partei, die gleichzeitig die Regierung im Bund stellt, in Landtagswahlen *ceteris paribus* an Stimmen verliert.²²

Andere Autoren konstatieren, dass der Wahlausgang in den Bundesländern hauptsächlich davon beeinflusst wird, ob eine Partei gleichzeitig sowohl Bundestag als auch Bundesrat dominiert („unified government“). Es wird angenommen, dass Wähler eine Situation herbeiführen möchten, in der eine Partei den Bundestag dominiert, eine andere aber den Bundesrat. Als Konsequenz daraus würde(n) die Regierungspartei(en) auf Bundesebene Verluste in Landtagswahlen erleiden, wenn sie auch die Mehrheit im Bundesrat innehat/innehaben (Kern/Hainmüller 2006). Um für diesen Effekt zu kontrollieren, füge ich eine dichotome Variable in die Schätzung ein, die misst, ob eine Situation des unified government vorherrscht. Als zusätzliche Kontrollvariablen dienen die Inflationsrate im Bund sowie die Wahlbeteiligung im Land.

4.3.2 Schätzansatz

Wie in Abschnitt 4.2 eignet sich für die Schätzung ein Fixed Effects Modell, da der Hausman-Test darauf hindeutet, dass alternative Schätzmethoden inkonsistente und verzerrte Ergebnisse erbringen würden. Für die vorhandenen Daten muss für serielle Korrelation anhand einer gelagten abhängigen Variablen kontrolliert werden.²³ Zu-

21 Die Schätzgleichung ist dementsprechend $Defizit_t = \alpha_{it} + \beta_1 Defizit_{i,t-1} + \beta_2 Defizit_{i,t-2} + \varepsilon_{i,t}$.

22 Zusätzlich dient die Variable der Überprüfung der „Midterm-Loss“-These. Zumindest für die USA argumentiert die Theorie des Midterm Loss, dass regierende Parteien zur Mitte der Legislaturperiode einen Popularitätsverlust erleiden, da Regierungen unpopuläre oder langfristig zur Besserung der wirtschaftlichen Lage führende Reformen aus wahltaktischen Gründen zu Beginn einer Legislaturperiode durchführen (Tufto 1975, 1978). Zwar kann die Theorie des Midterm Loss nicht direkt auf das deutsche System übertragen werden. Aber auch für Deutschland wird ein Einfluss der Bundesebene auf die Landesebene konstatiert (z.B. Pappi et al. 2005). So scheinen die Parteien, die die Bundesregierung stellen, bei Landtagswahlen Verluste zu erleiden, wenn die Landtagswahlen etwa in der Mitte der Legislaturperiode liegen (Dinkel 1977; Decker/Blumenthal 2002). Burkhart (2005) argumentiert dagegen, dass nicht zeitliche Effekte eine entscheidende Rolle in Landtagswahlen spielen, sondern dass die Veränderung der Popularität der Bundesregierung einen entscheidenden Einfluss auf das Ergebnis der Landtagswahl besitzt.

23 Nickell (1981) zeigt, dass die Verwendung eines Lagged Dependent Variable (LDV)-Modells in kurzen Zeitreihen zu verzerrten Koeffizienten führen kann. Es bietet sich dennoch nicht an, auf die verallgemeinerte Momenten-Methode (GMM) zurückzugreifen. Wie bereits angesprochen, sind die Eigenschaften in kleinen Stichproben unbekannt. Darüber hinaus erscheint die Wahl der lag-Strukturen bei GMM eher beliebig. Letztlich zeigen Adolph et al. (2005), dass

sätzlich greife ich auf den robusten Huber-White-Sandwich-Schätzer zurück, um für Heteroskedastizität der Fehlerwerte über die Länder hinweg zu kontrollieren.

4.3.3 Ergebnisse

Table 2 zeigt die Ergebnisse der Analyse veränderter Stimmenanteile in den Landtagswahlen auf. Modell 1 untersucht den Einfluss des strategischen Haushaltsdefizits auf die Veränderung des Stimmenanteils, und Modell 2 berücksichtigt weitere politische und wirtschaftliche Kontrollvariablen. Modell 3 verwendet das Haushaltsdefizit als wichtigste unabhängige Variable, und Modell 4 unterscheidet zwischen SPD- und CDU/CSU-regierten Ländern.²⁴

Auch für diese Modelle verdeutlicht der F-Test eine angemessene Modellspezifikation. Im Einklang mit den vorherigen Ergebnissen stützen die Daten die Theorie des fiskalpolitischen Konjunkturzyklus nicht, die behauptet, dass Regierungen auf defizitfinanzierte Wahlgeschenke zurückgreifen, um ihren Machterhalt zu sichern. Während

Table 2: Der Einfluss fiskal- und parteipolitischer Konjunkturzyklen auf den Wahlausgang in den westdeutschen Bundesländern

Stimmenanteil (Veränderung)	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4
Stimmenanteil _{t-1}	-0,490 (0,129)***	-0,651 (0,153)***	-0,796 (0,165)***	-0,641 (0,152)***
Strategisches Haushaltsdefizit _{t-1}	-22,553 (12,621)*	-22,231 (12,995)*		
Regierungspartei im Bund	0,785 (1,480)	0,374 (1,597)	-1,067 (1,514)	0,588 (1,586)
Unified Government	-5,707 (2,494)**	-4,824 (2,397)**	-1,479 (2,771)	-5,215 (2,409)**
Haushaltsdefizit _{t-1}			-3,760 (1,765)**	
CDU*Haushaltsdefizit _{t-1}				-45,885 (19,287)**
SPD*Haushaltsdefizit _{t-1}				-29,673 (17,988)
Inflation _{t-1} (Bund)		1,090 (1,186)	0,741 (1,154)	0,839 (1,199)
Wahlbeteiligung		0,140 (0,088)	-0,039 (0,135)	0,147 (0,091)
Konstante	16,279 (4,852)**	11,047 (7,140)	65,340 (27,018)**	10,207 (6,910)
N	80	80	80	80
F	6,67***	4,49***	5,01***	5,52***
Adjusted R ²	0,3236	0,3954	0,4204	0,4209

Standardfehler in Klammern; * p > 0.1, ** p > 0.05, *** p > 0.01.

der Nickell-Bias in finiten Stichproben vernachlässigt werden kann. Aus diesen Gründen verzichte ich auf den relativ ineffizienten GMM-Schätzer.

24 Deskriptive Statistiken befinden sich im Online-Anhang.

ein höheres Haushaltsdefizit im Jahr vor der Wahl zu einem erhöhten Stimmenanteil führen sollte, verliert die Regierungspartei Wählerstimmen, wenn sie ihr Haushaltsdefizit strategisch erhöht.²⁵ Dieser Effekt ist robust über verschiedene Modellspezifikationen hinweg. Interessant erscheint insbesondere, dass der CDU eine strategische Erhöhung der Schulden mehr schadet als der SPD.

Zusammengefasst unterstützen die Ergebnisse meine Annahme: Parteien auf Landesebene haben keinen Anreiz, ihrer Wählerklientel defizit-finanzierte Wahlgeschenke zu offerieren (siehe *Tabelle 1*), da eine solche Strategie nicht die erwünschte Wirkung zeigt. Höhere Defizite in Vorwahljahren üben stattdessen einen negativen Einfluss auf den Stimmenanteil aus.

Keine der politischen Kontrollvariablen weist einen robust-signifikanten Einfluss auf die Veränderung des Stimmenanteils auf. Obwohl der negative Koeffizient der Variablen *Unified Government* eine Unterstützung der gleichnamigen These – der zufolge die Bundestagspartei in Landtagswahlen verliert, wenn sie auch die Bundesratsmehrheit innehat – impliziert, ist dieser Effekt nicht robust über alle Modellspezifikationen. Auch die wirtschaftlichen Kontrollvariablen weisen keine robusten Koeffizienten auf. Mit Ausnahme des Einflusses des Haushaltsdefizits kann daher kein eindeutiger Effekt wirtschaftlicher Faktoren auf den Wahlausgang konstatiert werden.²⁶

5. Diskussion der empirischen Ergebnisse

Die Ergebnisse der empirischen Analyse deuten darauf hin, dass Regierungsparteien nicht dazu tendieren, das Haushaltsdefizit unmittelbar vor der Wahl auszuweiten, um die Wohlfahrt der Wähler zu erhöhen. Eine Strategie defizit-finanzierter Wahlgeschenke scheint bei den Landtagswahlen auch nicht aufzugehen. Der negative Koeffizient in allen vier Modellspezifikationen weist darauf hin, dass die jeweiligen Regierungsparteien in den Bundesländern Stimmenverluste erleiden, wenn sie die Haushaltsdefizite vor den Wahlen strategisch erhöhen.²⁷

Die Ergebnisse unterstützen somit die Argumente aus Abschnitt 3 und werfen ein neues Licht auf die Theorie des fiskalpolitischen Konjunkturzyklus. Eine Regierung kann zwar ihre Popularität bei ihrer Wählerklientel durch die Vergabe von Wahlgeschenken erhöhen. Sie verliert jedoch an Zustimmung bei Wählern, wenn Letztere von den defizit-finanzierten Wahlgeschenken nicht profitieren und nur eine strategische Erhöhung der Verschuldung beobachten.

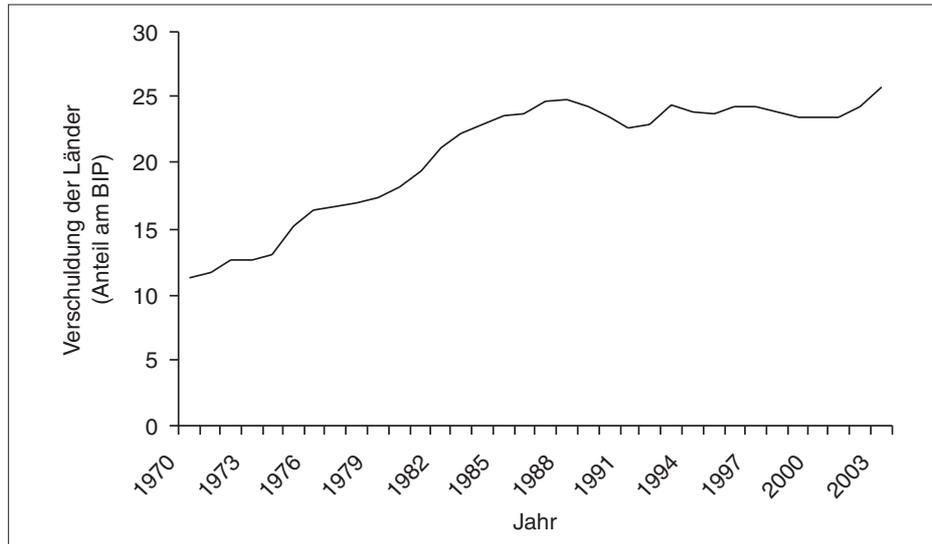
Der Anreiz, der eigenen Wählerklientel defizit-finanzierte Wahlgeschenke zu machen, ist also gering, da Regierungen für höhere Haushaltsdefizite abgestraft werden. Dies würde auch erklären, warum die Landesregierungen ihre Defizite nicht maßlos steigern, obwohl sie als subnationale Einheiten eine Agentenrolle einnehmen, in der sie die strengen Defizitgrenzen des Maastricht-Vertrages unterlaufen könnten.

²⁵ Die Größe der Koeffizienten in einem LDV-Modell kann nicht direkt interpretiert werden, da der Koeffizient der gelagten abhängigen Variable die ersten lags aller Koeffizienten der anderen unabhängigen Variablen beinhaltet.

²⁶ Kern/Hainmüller (2006) kommen zu ähnlichen Ergebnissen.

²⁷ Peltzman (1992) berichtet ähnliche Ergebnisse für die USA.

Abbildung 2: Durchschnittliche Verschuldung der westdeutschen Länder als Anteil am Bruttoinlandsprodukt, 1970–2003



Quelle: Statistisches Bundesamt Deutschland

Abbildung 2 zeigt, dass die durchschnittliche Verschuldung zumindest der westdeutschen Bundesländer bisher nie die Maastricht-Grenze von 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes überstiegen hat. Über den Untersuchungszeitraum hinweg weist Bremen mit einer durchschnittlichen Verschuldung von etwa 34 Prozent den höchsten Wert auf, gefolgt vom Saarland mit ca. 30 Prozent. Dagegen finden sich Bayern und Baden-Württemberg mit 10 Prozent bzw. 12 Prozent an der unteren Grenze wieder.²⁸ Da bisher nur die Bundesregierung, nicht aber die Bundesländer, von der EU sanktioniert werden können²⁹, scheint die moderate Verschuldung auch auf den mäßigenden

28 Die Situation in den neuen Bundesländern ist desolater. Nach den Maßstäben der Maastricht-Kriterien würde Brandenburg die Verschuldungsgrenze seit 1996 überschreiten, aber auch Berlin hat 2003 eine Verschuldung von 63 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erreicht. Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen liegen mit einer durchschnittlichen Verschuldung von 19 bzw. 26 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zwischen 1991 und 2003 an der unteren Grenze der neuen Bundesländer.

29 Mit der am 1. September 2006 in Kraft getretenen Föderalismusreform hat sich diese Situation nunmehr verändert. Der neu ins Grundgesetz eingefügte Artikel 104 Absatz 6 besagt, dass Bund und Länder die Lasten einer Verletzung von supranationalen oder völkerrechtlichen Verpflichtungen Deutschlands nun gemeinsam tragen. Die Ausgestaltung dieser Regelung wird im entsprechenden Artikel noch konkretisiert: In Fällen länderübergreifender Finanzkorrekturen der Europäischen Union tragen Bund und Länder die entstehenden Lasten im Verhältnis 15 zu 85. In diesen Fällen trägt die Ländergesamtheit 35 Prozent der Gesamtlasten (allgemeiner Schlüssel). Die Länder, die die Lasten verursacht haben, tragen 50 Prozent der Gesamtlasten, anteilig entsprechend der Höhe der erhaltenen Mittel. Weiterführende Regelungen werden in Form eines zustimmungspflichtigen Bundesgesetzes getroffen.

Einfluss der Wählerpräferenzen zurückzuführen zu sein. Die Regierung vermeidet also exzessive Haushaltsdefizite, um ihre Wiederwahl nicht zu gefährden.

Dieses Ergebnis lässt jedoch auch noch etwas anderes vermuten: Trotz des negativen Effekts des Economic Voting können Landesregierungen zumindest ihre Wählerklientel bedienen, ohne allzu große Verluste zu erleiden, solange die Wähler kein steigendes Haushaltsdefizit beobachten. Mit anderen Worten: Die Analyse verwirft die Theorien des fiskalpolitischen Konjunkturzyklus nur insoweit, als Länderregierungen den fiskalpolitischen Konjunkturzyklus nicht mit defizit-finanzierten Wahlgeschenken manipulieren. Fiskalpolitische Manipulationen vor der Wahl können aber immer noch attraktiv für eine Länderregierung sein, wenn sie keine Erhöhung des Haushaltsdefizits nach sich ziehen. Dies ist möglich, wenn Regierungen staatliche Kredite aufnehmen und Wähler die entstehende Deckungslücke im Haushalt nicht beobachten können. Alternativ können Regierungen die Verteilung der Mittel auf die unterschiedlichen Haushaltsposten so wählen, dass sie vor den Wahlen kurzfristig effiziente Projekte (die ihre Wiederwahlchancen steigern) auf Kosten von langfristig effizienten Projekten fördern.³⁰ Drazen und Eslava (2005) zeigen zum Beispiel, dass lokale Regierungen in Columbia ihre Investitionen vor den Wahlen anheben, während „normale“ Ausgaben zurückgehen. In Anbetracht der Ergebnisse sollte diese Option der fiskalpolitischen Manipulation für die Regierungen in den deutschen Bundesländern eine attraktive Alternative darstellen.³¹

6. Schlussfolgerungen

Üblicherweise nehmen die Theorien des politischen Konjunkturzyklus an, dass Regierungen einen Anreiz besitzen, ihren Wählern unmittelbar vor der Wahl defizit-finanzierte Wahlgeschenke zu machen, um ihre Wiederwahl zu sichern. Es existiert aber erstaunlich wenig empirische Evidenz, die diese These stützt.

In diesem Artikel habe ich argumentiert, dass die Theorie des politischen Konjunkturzyklus – übertragen auf die Fiskalpolitik – keinesfalls die Schlussfolgerung erlaubt, dass Regierungen auf defizit-finanzierte Wahlgeschenke zurückgreifen, um ihre Chance auf eine Wiederwahl zu erhöhen. Eine Analyse der westdeutschen Bundesländer über die Jahre 1970 – 2003 hat aufgezeigt, dass die Haushaltsverschuldung unmittelbar vor den Wahlen sinkt, während sie in der restlichen Legislaturperiode ansteigt. Nimmt man die Maastricht-Kriterien als Maßstab, dann hat sich die Verschuldung der westdeutschen Länder immer in vertretbaren Grenzen gehalten. Dies ist verwunderlich, da

30 In einem solchen Modell sollten sich natürlich auch Unterschiede ergeben, auf welche Haushaltsposten Regierungen unterschiedlicher politischer Couleur zurückgreifen. Während alle Parteien einen Anreiz besitzen müssten z.B. Sozialausgaben zu steigern, würden Parteien mit eher landwirtschaftlicher Klientel dazu neigen, Ausgaben im landwirtschaftlichen Bereich zu steigern, während Parteien mit unternehmerischer Klientel andere Haushaltsposten fördern würden.

31 Die Möglichkeiten, von dieser Strategie Gebrauch zu machen, sind aber ihrerseits stark eingeschränkt, da eine Kürzung der wahltaktisch nicht relevanten Haushaltsposten zumindest in den deutschen Bundesländern nur im Rahmen der gesetzlich festgelegten Grenzen zu erreichen ist.

den Ländern offiziell keine Verschuldungsgrenzen vorgegeben sind, die sie notfalls unter Sanktionen einhalten müssten.

Eine Analyse des Einflusses von höheren Defiziten vor der Wahl auf das Wahlergebnis verweist darauf, dass Regierungen durchaus einen Anreiz besitzen, das Defizit vor der Wahl zu senken anstatt zu erhöhen. Länderregierungen erleiden Stimmenverluste in den Landtagswahlen, wenn sie ihre Defizite erhöhen. Dieses Resultat steht im Einklang mit Theorien, die annehmen, dass Wähler eine eher konservative Haltung gegenüber der Fiskalpolitik einnehmen und Länderregierungen für hohe Ausgaben abstrafen. Eine Verbindung verschiedener Literaturstränge bringt somit das widersprüchliche Ergebnis in Einklang mit der Theorie politischer Konjunkturzyklen. Auf der einen Seite besitzt eine Regierung den Anreiz, ihrer Wählerklientel Wahlgeschenke unmittelbar vor den Wahlen zu machen. Auf der anderen Seite kann sie hierbei nicht auf defizit-finanzierte Wahlgeschenke zurückgreifen, da sie für übermäßige Defizite in der Gesamtbevölkerung an Popularität verliert und sich damit letztlich ihr Stimmenanteil bei der Wahl zu verringern droht.

Mit dieser Analyse stellt diese Arbeit die erste Untersuchung fiskalpolitischer Konjunkturzyklen in den westdeutschen Bundesländern dar, welche die tatsächliche Manipulation des Konjunkturzyklus analysiert und darüber hinaus testet, ob diese Strategie den gewünschten Effekt erbringt. Die Ergebnisse haben eine entscheidende Bedeutung nicht nur für die Analyse fiskalpolitischer Konjunkturzyklen im Allgemeinen, sondern insbesondere auch für die Fiskalpolitik der Länderregierungen. So hat der zweite Untersuchungsschritt gezeigt, dass Länderregierungen nur in sehr begrenztem Maße auf defizit-finanzierte Wahlgeschenke zurückgreifen können, um sich Wählerstimmen unmittelbar vor der Wahl zu sichern.

Länderregierungen müssen also andere Strategien wählen, um den politischen Konjunkturzyklus ohne gleichzeitige Steigerung des Haushaltsdefizits zu manipulieren. Eine mögliche, in dieser Arbeit angesprochene Option ist die strategische Verteilung der Haushaltsmittel auf die unterschiedlichen Unterhaushalte. So werden „wichtige“ Projekte gefördert, ohne das Haushaltsdefizit zu erhöhen. Die strategische Ausnutzung der Komposition der Haushaltsmittel geht stattdessen zulasten langfristig effizienter Projekte. Bisher haben sich die Arbeiten des politischen Konjunkturzyklus hauptsächlich an der Höhe des Defizits abgearbeitet, nicht aber an dessen Komposition. Zukünftige Arbeiten zur Fiskalpolitik in den deutschen Bundesländern sollten diese Option wahlaktischer Fiskalpolitik in ihre Analyse mit einbeziehen.

Literatur

- Adolph, Christopher/Butler, Daniel M./Wilson, Sven E.*, 2005: Like Shoes and Shirt, One Size Does Not Fit All: Evidence on Time Series Cross-Section Estimators and Specifications from Monte Carlo Experiments. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Alesina, Alberto*, 1987: Macroeconomic Policy in a Two-Party System as a Repeated Game, in: *Quarterly Journal of Economics* 102, 651–678.
- Alesina, Alberto*, 1988: Macroeconomics and Politics, in: *Blanchard, Oliver/Fischer, Stanley* (Hrsg.), *NBER Macroeconomics and Annual*. Cambridge, 13–52.
- Alesina, Alberto*, 1989: Politics and Business Cycles in Industrial Economies, in: *Economic Policy* 5, 55–98.

- Alesina, Alberto/Tabellini, Guido*, 1990: A Positive Theory of Fiscal Deficits and Government Debt, in: *The Review of Economic Studies* 57, 403–414.
- Alesina, Alberto/Cohen, Gerald D./Roubini, Nouriel*, 1992: Macroeconomic Policy and Elections in OECD Democracies, in: *Economics and Politics* 4, 1–30.
- Alesina, Alberto/Roubini, Nouriel/Cohen, Gerald D.*, 1997: *Political Cycles and the Macroeconomy*. Cambridge.
- Beck, Nathaniel*, 1987: Elections and the Fed: Is There a Political Monetary Cycle, in: *American Journal of Political Science* 31, 194–216.
- Beck, Nathaniel/Katz, Jonathan*, 1995: What to Do, and Not to Do With Time Series Cross-Section Data, in: *American Political Science Review* 89, 634–647.
- Ben-Porath, Yossef S.*, 1975: The Years of Plenty and the Years of Famine – A Political Business Cycle?, in: *Kyklos* 28, 400–403.
- Bernhard, William T./Broz, Lawrence J./Clark, William R.*, 2002: *The Political Economy of Monetary Institutions*. Cambridge.
- Boix, Charles*, 2000: Partisan Governments, the International Economy, and Macroeconomic Policies in Advanced Nations, 1960–93, in: *World Politics* 53, 38–73.
- Braun, Dietmar*, 2001: Intergovernmentale Beziehungen und Fiskalpolitik in Bundesstaaten, in: *Politische Vierteljahresschrift* 42, 624–654.
- Broz, Lawrence J.*, 2002: Political System Transparency and Monetary Commitment Regimes, in: *International Organization* 56, 861–887.
- Broz, Lawrence J./Frieden, Jeffrey*, 2001: The Political Economy of International Monetary Relations, in: *Annual Review of Political Science* 4, 317–343.
- Burkhard, Simone*, 2005: Parteipolitikverflechtung: Der Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlentscheidungen von 1976 bis 2002, in: *Politische Vierteljahresschrift* 46, 14–38.
- Clark, William R.*, 2002: Partisan and Electoral Motivations and the Choice of Monetary Institutions under Fully Mobile Capital, in: *International Organization* 56, 725–749.
- Clark, William R./Hallerberg, Mark*, 2000: Mobile Capital, Domestic Institutions, and Electorally-Induced Monetary and Fiscal Policy, in: *American Political Science Review* 94, 323–346.
- Cusack, Thomas R.*, 1997: Partisan Politics and Public Finance: Changes in Public Spending in Industrialized Democracies, 1955–1989, in: *Public Choice* 91, 375–395.
- Decker, Frank/von Blumenthal, Julia*, 2002: Die bundespolitische Durchdringung der Landtagswahlen. Eine empirische Analyse von 1970 bis 2001, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 33, 144–164.
- DeHaan, Jacob/Sturm, Jan-Egbert*, 1994: Political and Institutional Determinants of Fiscal Policy in the European Community, in: *Public Choice* 80, 157–172.
- Davis, Otto A./Dempster, Michael A.H./Wildavsky, Aaron*, 1966: A Theory of the Budgetary Process, in: *American Political Science Review* 60, 530–547.
- Dinkel, Rainer*, 1977: Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen, in: *Politische Vierteljahresschrift* 18, 349–359.
- Drazen, Allan*, 2000: *Political Economy in Macroeconomics*. New Jersey.
- Drazen, Allan/Eslava, Marcela*, 2005: Electoral Manipulation via Expenditure Composition: Theory and Evidence. NBER Working Paper No. W11085.
- Fair, Ray C.*, 1978: The Effect of Economic Events on Votes for President, in: *Review of Economics and Statistics* 60, 159–172.
- Franzese, Robert J.*, 1999: Partially Independent Central Banks, Political Responsive Governments, and Inflation, in: *American Journal of Political Science* 43, 681–706.
- Franzese, Robert J.*, 2002a: Electoral and Partisan Cycles in Economic Policies and Outcomes, in: *Annual Review of Political Science* 5, 369–421.
- Franzese, Robert J.*, 2002b: *Macroeconomic Policies of Developed Countries*. Cambridge.
- Galli, Emma/Rossi, Stefania P.S.*, 2002: Political Business Cycles: The Case of West German Länder, in: *Public Choice* 110, 283–303.
- Gonzalez, Maria de los Angeles*, 1999a: On Elections, Democracy and Macroeconomic Policy Cycles. Working Paper, Department of Economics, Princeton University.

- Gonzalez, Maria de los Angeles, 1999b: Political Budget Cycles and Democracy: a Multi-Country Analysis. Working Paper, Department of Economics, Princeton University.
- Gonzalez, Maria de los Angeles, 2000: On Elections, Democracy and Macroeconomic Policy: Evidence from Mexico. Working Paper, Department of Economics, Princeton University.
- Greene, William H., 2003: *Econometric Analysis*. 5th Edition. New Jersey.
- Guschend, Thomas/Norpoth, Helmut, 2005: Prognosemodell auf dem Prüfstand: Die Bundestagswahl 2005, in: *Politische Vierteljahresschrift* 46, 682–688.
- Hallerberg, Mark, 2002: Fiscal Policy in the European Union, in: *European Union Politics* 3, 139–150.
- Hallerberg, Mark/von Hagen, Jürgen, 1997: *Electoral Institutions, Cabinet Negotiations, and Budget Deficits in the European Union*. Cambridge.
- Hallerberg, Mark/de Souza, Vinhas/Clark, William R., 2002: Monetary and Fiscal Cycles in EU Accession Countries, in: *European Union Politics* 3, 231–250.
- Harrinvirta, Markku/Mattila, Mikko, 2001: The Hard Business of Balancing Budgets: a Study in Public Finances in Seventeen OECD Countries, in: *British Journal of Political Science* 31, 497–522.
- Hibbs, Douglas A., 1977. Political Parties and Macroeconomic Policy, in: *American Political Science Review* 23, 1467–1488.
- Hibbs, Douglas A., 1987. *The American Political Economy: Macroeconomics and Electoral Politics in the United States*. Cambridge.
- Jochimsen, Beate/Nuscheler, Robert, 2005: The Political Economy of German Länder Deficits. Unveröffentlichtes Arbeitspapier.
- Kern, Holger L./Hainmueller, Jörg, 2006: Electoral Balancing, Divided Government, and Midterm Loss in German State Elections, in: *Journal of Legislative Studies* 12, 127–149.
- Kramer, Gerald H., 1971: Short-Term Fluctuations in U.S. Voting Behavior, 1986–1964, in: *American Political Science Review* 65, 131–143.
- Krueger, Anne O./Turan, Ilter, 1993: The Politics and Economics of Turkish Policy Reform in the 1980's, in: Bates, Robert H./Krueger, Anne O. (Hrsg.), *Political and Economic Interactions in Economic Policy Reform: Evidence from Eight Countries*. Oxford, 333–386.
- Lewis-Beck, Michael S./Stegmaier, Mary, 2000: Economic Determinants of Electoral Outcomes, in: *Annual Review of Political Science* 3, 183–219.
- Lindbeck, Assar, 1976: Stabilization Policy in Open Economies with Endogenous Politicians, in: *American Economic Review Papers and Proceedings* 66, 1–19.
- Maloney, Kevin J./Smirlock, Michael L., 1981: Business Cycles and the Political Process, in: *Social Economic Journal* 48, 377–392.
- Moyo, Dambisa, 1999: The Determinants of Public Savings in Developing Countries. Working Paper, Department of Economics, Oxford University.
- Nickell, Stephen, 1981: Biases in Dynamic Models with Fixed Effects, in: *Econometrica* 49, 1417–1426.
- Nordhaus, William D., 1975: The Political Business Cycle, in: *Review of Economic Studies* 42, 169–190.
- Oatley, Thomas H., 1999: *Monetary Politics. Exchange-Rate Cooperation in the European Union*. Ann Arbor.
- Obinger, Herbert, 2002: Föderalismus und wohlfahrtsstaatliche Entwicklung – Österreich und die Schweiz im Vergleich, in: *Politische Vierteljahresschrift* 43, 235–271.
- Obstfeld, Maurice/Rogoff, Kenneth, 1996: *Foundations of International Macroeconomics*. Cambridge.
- Pappi, Franz Urban/Becker, Axel/Herzog, Alexander, 2005: Regierungsbildung in Mehrebenensystemen. Zur Erklärung der Koalitionsbildung in den deutschen Bundesländern, in: *Politische Vierteljahresschrift* 46, 432–458.
- Peltzman, Sam, 1992: Voters as Fiscal Conservatives, in: *Quarterly Journal of Economics* 107, 327–361.
- Persson, Torsten/Svensson, Lars E., 1984: Time-Consistent Fiscal Policy and Government Cash-Flow, in: *Journal of Monetary Economics* 14, 365–374.

- Persson, Torsten/Tabellini, Guido*, 1990: *Macroeconomic Policy, Credibility and Politics*. London.
- Plümper, Thomas/Manow, Philip/Troeger, Vera E.*, 2005: Panel Data Analysis in Comparative Politics: Linking Method to Theory, in: *European Journal of Political Research* 44, 327–354.
- Plümper, Thomas/Tröger, Vera E.*, 2007: Efficient Estimation of Rarely Changing Variables in Panel Data with Unit Fixed Effects. *Political Analysis*, Advance Access article.
- Rogoff, Kenneth*, 1990: Equilibrium Political Budget Cycles, in: *American Economic Review* 80, 21–36.
- Rogoff, Kenneth/Sibert, Anne*, 1988: Election and Macroeconomic Cycles, in: *Review of Economic Studies* 55, 1–16.
- Seitz, Helmut*, 2000: Fiscal Policy, Deficits, and Politics of Subnational Government. The Case of the German Länder, in: *Public Choice* 102, 183–218.
- Tufte, Edward R.*, 1975: Determinants of the Outcomes of Midterm Congressional Elections, in: *American Political Science Review* 69, 812–826.
- Tufte, Edward R.*, 1978: *Political Control of the Economy*. Princeton.
- Von Hagen, Jürgen/Harden, Ian*, 1995: Budget Processes and the Commitments to Fiscal Discipline, in: *European Economic Review* 39, 771–779.
- Wagschal, Uwe*, 1996a: Der Einfluss von Parteien und Wahlen auf die Staatsverschuldung, in: *Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 2, 1–26.
- Wagschal, Uwe*, 1996b: *Staatsverschuldung. Ursachen im internationalen Vergleich*. Opladen.
- Wildavsky, Aaron B.*, 1964: *The Politics of the Budgetary Process*. Boston.
- Wright, Gavin*, 1974: The Political Economy of New Deal Spending: an Econometric Analysis, in: *Review of Economic Statistics* 56, 30–39.
- Zohlnhöfer, Reimut*, 2001: Parteien, Vetospieler und der Wettbewerb um Wählerstimmen. Die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik der Ära Kohl, in: *Politische Vierteljahresschrift* 42, 655–682.